

den Erwerbsneigung das Erwerbspersonenpotenzial bereits schrumpft. Über kurz oder lang werden deshalb Arbeitskräfte, insbesondere gut qualifizierte, deutlich knapper werden. Zwar dürften mittelfristig auch Marktreaktionen – wie Lohnsteigerungen bei gesuchten Qualifikationen – zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage bei den Arbeitskräften beitragen, dennoch dürften die notwendigen Anpassungsprozesse aufgrund vielfältiger Friktionen nicht leicht zu bewältigen sein. Bildungs- und Qualifikationsprozesse, berufliche und zwischenbetriebliche Mobilität sowie eine notwendige Umorientierung der Berufswahl brauchen Zeit. Schon im Interesse am Erhalt eines fairen Ordnungsrahmens für den interregionalen und intersektoralen Wettbewerb am Arbeitsmarkt und der Wirtschaftsdynamik verbieten sich hier weitreichende politische Interventionen, wie etwa Lohnsubventionen. Gleichwohl bieten sich Handlungsansätze für die Politik, aber auch für die Unternehmen. Bei der betrieblichen Berufsausbildung, die bisher wegen des Mangels an Lehrstellen in erheblichem Maße sozialpolitisch ausgerichtet war, bedarf es einer Orientierung hin zu dem – soweit erkennbaren – künftigen Bedarf an Arbeitskräften. Darüber hinaus könnte noch mehr für einen längeren Verbleib der älteren Arbeitnehmer im Erwerbsleben gesorgt werden – etwa durch eine „erwerbslebenslange“ Weiterbildung oder durch Maßnahmen zum Erhalt der Gesundheit auf betrieblicher Ebene. Dazu muss allerdings die bestehende und zu einem erheblichen Teil unzutreffende Vorstellung über die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer noch stärker an die jeweilige berufliche Realität angepasst werden. Zudem lässt sich durch weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familie das Erwerbspersonenpotenzial besser ausschöpfen – insbesondere das der qualifizierten Frauen. Die Politik sollte außerdem - gerade auch wegen der sich abzeichnenden Engpässe am Arbeitsmarkt - den eingeschlagenen Weg bei der Auflösung des harten Kerns der Arbeitslosigkeit weitergehen. Fördermaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollten hingegen strikt auf die Zielgruppen beschränkt bleiben, bei denen sie die Integrationschancen erhöhen.

Abzuwarten bleibt, welche Folgen im Frühjahr 2011 die Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten haben wird. Im Falle von Zuwanderungen werden Fachkräfte nach Erkenntnissen der Migrationsforschung vor allem solche Regionen wählen, in denen sie ein hohes Einkommen erzielen können. Zwar ist Zuwanderung auch für Ostdeutschland eine Option und dies noch mehr, wenn der deutsche Arbeitsmarkt offener für Zuwanderer aus Drittländern werden sollte. Allerdings dürfte sich das so erreichbare Arbeitskräftepotenzial in engen Grenzen halten. Dennoch wird auch Ostdeutschland seine Attraktivität als Standort für Humankapital im Wettbewerb um „kluge Köpfe“ verbessern müssen.



Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland

Inhaltsverzeichnis:

I.	Die Bilanz der deutschen Einheit	11
I.1.	Ausgangslage im Jahr 1990 und Schlüsselentscheidungen zur Transformation	11
I.1.1.	Ausgangslage im Jahr 1990	11
I.1.2.	Schlüsselentscheidungen zur Transformation	13
I.2.	Wirtschaftliche Ergebnisse seit 1990	15
I.2.1.	Phasen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	15
I.2.2.	Sektorale Muster	20
I.2.3.	Arbeitsmärkte und Entlohnung	32
I.2.4.	Entwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft (Technologie, Forschung, Innovation)	45
I.3.	Konvergenzziele im Lichte struktureller Unterschiede	52
I.4.	Bewertung der Entwicklung und des Ergebnisses seit 1990	58
II.	Herausforderungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland	60
II.1.	Kleinteiligkeit der Wirtschaft und Mangel an Führungszentralen von international tätigen Unternehmen	60
II.2.	FuE-Dichte, Exportleistung, Vorleistungsstruktur	66
II.3.	Clusterdynamik und Zukunftsfelder für Ostdeutschland	70
II.4.	Unterentwickelter Markt für höherwertige Dienstleistungen	73
II.5.	Perspektiven auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt – Bevölkerung, Erwerbspersonenpotenzial und Fachkräftebedarf	75
II.6.	Kommunale Finanzen und Umbau der Städte	82
II.7.	Die Finanzkrise in Ostdeutschland und ihre Wirkungen	85
III.	Wirtschaftspolitische Empfehlungen	88
	Anhang	105
	Literaturverzeichnis	124
	Datenanhang	A 1